Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beul jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 174 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Montag, den 28. Juli | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Landmanns Sonntagsblatt", „Herd und Scholle", — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Notverordnungen zur Regelung des Reichshaushalts sind vom Kabinett genehmigt und vom Reichspräsidenten unterschrieben.

* In Koblenz fanden die Beisetzungsfeierlichkeiten für die Opfer des Brückeneinsturzes unter ungeheurer Anteilnahme der Bevölkerung statt.

* Im italienischen Erdbebengebiet haben sich beim Bergungswerk und bei der Verpflegung von 60 000 Mann Militär und Zivil große Schwierigkeiten ergeben.

„Steuerzahlen ist — Schicksal."

In seiner Unterredung mit Goethe hat Napoleon den Satz geprägt: „Die Politik ist das Schicksal." Rathenau hat dieses Wort auf das Deutschland der Nachkriegszeit umgeändert in: „Die Wirtschaft ist das Schicksal." Und als einzelner kann man jenen Satz auch noch weiter abändern in: „Das Steuerzahlen ist unser Schicksal."

Schnell noch, ehe die Reichsregierung die neuen Steuernotverordnungen veröffentlicht hatte, ist der Reichshauptstadt Berlin mit einem Zwangshaushalt durch die staatliche Behörde auch eine sehr erhebliche Steuererhöhung auferlegt worden. Und damit ist den Berlinern ein Schicksal widerfahren, das in Deutschland schon einer ganzen Reihe von Kommunen beschert worden ist. Nur handelte es sich bei diesen natürlich nicht um so große Summen wie bei dem Fehlbetrag und dem ins Gleichgewicht zu bringenden Haushalt der größten Stadt des Reiches. Mit dem sonstigen Vorgehen der Staatsbehörden stimmt aber auch überein, daß die Auffüllung des Fehlbetrages durch die Steigerung der Realsteuern erfolgt. Auf diese Weise, also durch eine steuerliche Mehrbelastung der Wirtschaft — Erhöhung der Gewerbe- und der Lohnsummensteuer — und des einzelnen (Steigerung der Grundvermögensteuer) hat der Staat in zahlreichen Kommunen den Haushalt zwar ins Gleichgewicht gebracht, aber eben nur durch eine Lastenvermehrung, nicht durch einen entsprechenden Abbau der Verwaltungskosten. Natürlich haben die Kommunen selbst, auch Berlin, vorher den Rotstift eifrig in Anwendung gebracht, haben auf der Ausgabenseite gestrichen, was ihnen entbehrlich zu sein schien, aber es ging bei ihnen gerade so wie im Reich und in den Ländern: die Ausgaben überschritten immer noch ein ganzes Ende jene Summe, auf die mit einiger Sicherheit als Einnahme zu rechnen war. Ist doch auch diese Summe selbst sehr vorsichtig zu beziffern, weil wahrscheinlich der Ertrag der sogenannten „Überweisungssteuern", von denen das Reich den größten Teil an die Länder und Kommunen weiterleitet, in diesem Jahr erheblich geringer sein dürfte als im vergangenen. Bereits im Mai ist das Aufkommen bei diesen Steuern beträchtlich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. So werden die Länder und Kommunen eine entsprechend geringere Summe von der Reichsfinanzverwaltung erhalten.

Der neue Reichsfinanzminister hat den streichenden Rotstift gehandhabt und — vom Standpunkt des Steuerzahlers aus gesehen — man hört auch etwas über die Tätigkeit des Reichssparkommissars. Trotzdem ist die Summe, die auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts als Ersparnis zusammengebracht wurde, nur wenig mehr als ein Prozent der Gesamtausgaben des Reiches. Der Reichshaushalt ist Gegenstand der endgültigen Festlegung durch Notverordnung — und da muß man doch wohl einen Augenblick stehenbleiben! Denn noch niemals, so lange es ein Deutsches Reich und in ihm eine Volksvertretung gibt, ist der Reichshaushalt auf diese Weise Gesetz geworden. Übrigens ist hierbei nicht einmal davon die Rede, daß diese Feststellung der Reichseinnahmen und -ausgaben endgültig sein kann; denn der künftige Reichstag, dem auch diese Notverordnung gleich nach seinem Zusammentreten vorgelegt werden muß, ist ja berechtigt, sie wieder außer Kraft zu setzen. Obwohl bis dahin schon mehr als die Hälfte dieses Haushaltsjahres verstrichen wäre! Im übrigen umfassen die Notverordnungen ja nicht bloß Einnahmesteigerungen durch Steuererhöhung, sondern auch eine ganze Reihe von sonstigen Ausgaben, die natürlich auch nicht so lange hinausgeschoben werden, bei denen auch nicht erst abgewartet wird, ob sie der Reichstag billigt oder ob er ihre Außerkraftsetzung verlangt.

Als Steuerzahler wird man natürlich die „aktive" Seite dieser Haushaltsregelung empfinden, also die Steuererhöhung bzw. die Einführung neuer Steuern. Denn so weit ist man bei der Ausgabenkürzung nicht gegangen, um dem Steuerzahler eine Erschwerung der von ihm zu tragenden Last zu ersparen. In den Ländern und in den Kommunen erfolgte und erfolgt gleichfalls ein scharfes Anziehen der Steuerschraube, — und das kann alles nicht ohne Rückwirkung auf die Kosten der Lebenshaltung bleiben! Denn man wird, wo und wie es nur möglich ist, diese Mehrbelastung weiterzuwälzen oder durch Ersparnisse an anderer Stelle hereinzubringen versuchen. Gerade die Realsteuern und hierunter besonders die Lohnsummensteuer üben einen Druck in Richtung auf weitgehende „Rationalisierung" aus. Ist doch bei dieser Rationalisierung der deutschen Wirtschaft gerade die Steuerbelastung als einer der Hauptgründe wirksam geworden und gewesen, erzwingt die fortgesetzte Steigerung dieser Last weitere Maßnahmen in der Wirtschaft, um die Gesamtkosten der Erzeugung nicht wachsen zu lassen. Und so bestimmt, ganz allgemein gesehen, das Steuerzahlen unser aller Schicksal.

Die Notverordnung der Reichsregierung

Annahme der Notmaßnahmen.

Völlige Einigung.

Die mehrtägigen Beratungen des Reichskabinetts über den Gesetzentwurf einer Notverordnung wurden in der Reichskanzlei zu Ende geführt. Sie ergaben eine völlige Einigung. Ein Vortrag des Reichskanzlers Dr. Brüning beim Reichspräsidenten über die Kabinettsberatungen folgte. Das Reichskabinett beschäftigte sich auch mit der Frage einer Neuregelung der Pensionen und beschloß, noch im August einen diese Frage regelnden und Mißstände beseitigenden Gesetzentwurf dem Reichsrat vorzulegen. Am Schluß der Kabinettssitzung sprach Reichskanzler Dr. Brüning seinen Ministerkollegen und den Beamten, die gerade in letzter Zeit in Vorbereitung der bedeutsamen Kabinettsentschließungen ihre ganze Kraft eingesetzt hatten, den besten Dank für diese Mitarbeit aus.

*

Hilfe für den Osten.

Preußens Beteiligung.

Die Notverordnung der Reichsregierung für den Osten umfaßt auch die sofort durchführbaren Maßnahmen zur Osthilfe. Im Reichshaushalt werden 126 Millionen vorgesehen, die im einzelnen nach Maßgabe des ursprünglichen Osthilfegesetzes in Betracht kommen für: 1. Frachtenerleichterungen, 2. Erleichterung der kommunalen Lasten, 3. Senkung der Schiffahrtsabgaben, 4. Zinsverbilligung, 5. Betriebssicherung, 6. sonstige kulturelle Maßnahmen. Außerhalb des Haushalts werden Garantien für Siedlungskredite und für Umschuldungskredite übernommen und der Vollstreckungsschutz in Kraft gesetzt. Die Bürgschaft für Siedlungskredite beträgt 50 Millionen, die für Umschuldungskredite 100 Millionen. Die Rentenbankkreditanstalt hat sich bereit erklärt, einen Teil der Umschuldungskredite sofort aus eigenen Mitteln bar flüssig zu machen. Der Rest wird durch Ablösungsscheine aufgebracht. Der Vollstreckungsschutz ist unverändert in der im Osthilfegesetz vorgesehen gewesenen Form in die Verordnung übernommen.

Aus dem Osthilfegesetz übernommen sind nicht die Maßnahmen für Eisenbahn- und Straßenbauten. Diese sollen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms Berücksichtigung finden, soweit dies die fortgeschrittene Jahreszeit gestattet. Die Beteiligung Preußens an diesen Maßnahmen wird in der gleichen Weise erfolgen, wie dies ursprünglich im Osthilfegesetz vorgesehen war.

*

Ein preußisches Angebot.

Die preußische Regierung hatte vor Erlaß der Notverordnung, um der Landwirtschaft Nachteile bei einer etwaigen Verzögerung zu ersparen, ein festes Angebot der Reichsregierung gemacht und ihr vorgeschlagen, das volle Kreditrisiko für eine Summe von 100 Millionen Mark auf die Preußenkasse zu übernehmen, die im Sinne des Osthilfegesetzentwurfes für Umschuldungszwecke vergeben werden sollen. Das Eingehen auf dieses Angebot erübrigte sich nach dem Zustandekommen der Notverordnung.

Das Reich an erster Stelle.

Die in den letzten Wochen unter Führung des Reichsernährungsministeriums mit den zuständigen Stellen und den beteiligten Banken geführten Verhandlungen haben zum Ergebnis gehabt, daß die organisatorischen Maßnahmen zur Osthilfe so weit vorbereitet worden sind, daß sie alsbald in Wirksamkeit gesetzt werden können. Wie von der Reichsregierung betont wird, muß sich das Reich, das den Hauptteil der Verantwortung trägt, auch bei der Durchführung der Osthilfe die Führung und den ausreichenden Einfluß sichern.

*

Die neuen Steuern.

Reichshilfe. — Einkommensteuerzuschlag. — Ledigensteuer. Bier- und Bürgersteuer. — Sozialreform. — Kartellkontrolle.

Die vom Reichspräsidenten ausgefertigte neue Notverordnung trägt den Titel: „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller und sozialer Notstände." Sie weicht nur in wenigen Punkten von der alten, vom Reichstag abgelehnten Verordnung ab und bestimmt folgendes:

Der Reichshilfe

unterliegen die Beamten und Angestellten der öffentlichen Hand. Die Angestellten der öffentlichen Hand allerdings nur insoweit, als sie nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen. Dagegen sind entsprechend den Beschlüssen des Reichstagsausschusses auch die Bezieher von Aufsichtsratstantiemen der Reichshilfe unterworfen. Die Reichshilfe bemißt sich nach den Bruttodienstbezügen, die für die Zeit vom 1. September bis zum 1. April gewährt werden. Die Reichshilfe wird im engsten Anschluß an die Lohnsummensteuerbestimmungen erhoben. Sie beträgt 2½ Prozent der Gehaltsbezüge; für jedes minderjährige Kind bleiben 20 Mark monatlich frei.

Personen, deren Dienstbezüge nach Absetzung von 20 Mark für jedes Kind 2000 Mark im Jahre nicht übersteigen, sind von der Reichshilfe befreit.

Die Reichshilfe ist bei der Berechnung des Einkommens abzugsfähig. Die einmaligen außerordentlichen

Zuschläge zur Einkommensteuer

im Rechnungsjahr 1930 bestehen erstens in einem fünfprozentigen Zuschlag zu der für 1929 veranlagten Steuer. Diesem Zuschlag unterliegen die wegen eines Einkommens von mehr als 8000 Mark veranlagten Personen; bei ihnen wird die gesamte Einkommensteuer, also ohne irgendwelche Abzüge, dem Zuschlag von 5 Prozent unterworfen. Es ist also ein Zwanzigstel der Einkommensteuer 1929 zu entrichten. Zweitens wird ein Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen erhoben; dieser Zuschlag besteht einerseits in der Wiederhinzurechnung der durch die Gesetze von 1927 und 1928 eingeführten Abschläge von 25 Prozent, höchstens aber 3 Mark monatlich, ferner in einem Zuschlag von 10 Prozent zur Steuer bei den Pflichtigen, bei denen sich nicht der prozentuale, sondern der feste Abschlag ergibt.

Die Ledigensteuer.

Als ledig gelten auch verwitwete oder geschiedene Personen, aus deren Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Vom Zuschlag befreit sind unverheiratete Frauen, denen Kinderermäßigungen zustehen, und ferner Steuerpflichtige, die zum Unterhalt ihrer geschiedenen Ehefrau oder eines bedürftigen Elternteils seit einem Jahre mindestens 10 Prozent ihres Einkommens aufwenden und denen deshalb eine Ermäßigung der Einkommensteuer bewilligt worden ist. Der Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen wird bei den Lohnsteuerpflichtigen im Wege des Steuerabzuges in der Zeit vom 1. September 1930 bis 31. März 1931 erhoben.

Die Veranlagten haben den Zuschlag für die Einkommen von mehr als 8000 Mark und den Ledigenzuschlag gleichzeitig mit ihren Einkommensteuervorauszahlungen, also am 10. Oktober 1930 und am 10. Januar 1931 zu entrichten.

Gemeindesteuer.

Außerdem sind für die Gemeinden neue Steuerquellen vorgesehen. Und zwar sollen sie mit sofortiger Wirksamkeit das Recht erhalten, eine Bürgersteuer und eine Gemeindebiersteuer zu erheben. Außerdem sollen die Gemeinden das Recht erhalten, auch auf andere Getränke Steuern zu erheben. Sollten die Realsteuern eine bestimmte Höhe überschreiten, tritt die Verpflichtung zur Erhebung der Bürgersteuer und der Gemeindebiersteuer, notfalls sogar mit Zuschlägen, ein.

Bürgersteuer.

Bei der Ausgestaltung der Bürgersteuer ist den sozialen Gesichtspunkten durch eine Staffelung des Steuersatzes Rechnung getragen. Der Satz beträgt im allgemeinen 6 Mark. Er ermäßigt sich für Leistungsschwache auf 3 Mark. Er erhöht sich auf 25, 50, 100, 200 und 500 Mark, bei den höchsten Einkommen beträgt er 1000 Mark.

Die Reform der Sozialversicherungen.

In der Frage der Sperrfristen der Arbeitslosenversicherung entscheidet sich die Notverordnung dahin, daß die normale Dauer der Sperrfristen künftig sechs Wochen beträgt. Die Dauer einer Krisenunterstützung wird unter bestimmten Voraussetzungen jetzt auf die Dauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Die Wartezeit beträgt regelmäßig 14 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschußberechtigte Angehörige, 7 Tage bei Arbeitslosen mit 1, 2 oder 3 zuschußberechtigten Angehörigen, 3 Tage bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr zuschußberechtigten Angehörigen.

Bei der Krankenversicherung werden in der Hauptsache die bekannten Reformen, die bereits im Reichstage durchgesprochen worden sind, durchgeführt. Hinzu kommt aber noch eine Beschränkung der Krankenkassen im Erwerb von Grundstücken, in der Errichtung von Gebäuden und Anstalten und in der Festsetzung des Beitrages.

Das Versorgungsrecht wird gleichfalls nach den Beschlüssen des Reichstages geregelt.

Zur Förderung des Preisabbaues.

Außerdem bringt die Notverordnung auch noch eine Ermächtigung der Regierung zur Abänderung der Kartellverordnung, wie sie bereits der Deutsche Juristentag im Jahre 1928 vorgeschlagen hat.

Die Regierung erhält jetzt die Vollmacht, „unwirtschaftliche Preisbindungen" durch eventuelle zwangsweise Auflösung der Kartelle zu verhindern.

*

Wie der Fehlbetrag gedeckt werden soll.

Reichsfinanzminister Dietrich stellte bei einer Besprechung der neuen Notverordnungen fest, daß sich die erwarteten Steuereingänge dadurch, daß die neuen Steuern erst am 1. September in Kraft treten können, um 28 Millionen Mark vermindern. Dieser Mindererertrag soll durch vermehrte Einsparungen im Haushalt gedeckt werden. Die Haushaltseinsparungen erhöhen sich danach einschließlich des Restes von 35 Millionen aus dem Jahre 1929 auf insgesamt 169 Millionen Mark. Zusammengefaßt ergibt die Deckung des Fehlbetrages von 760 Millionen folgendes Bild: Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherungsreform 269 Millionen, Reichshilfe, Einkommensteuerzuschlag und Ledigensteuer 274 Millionen, Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer 48 Millionen, Einsparungen im Haushalt 134 Millionen und Verringerung des Fehlbetrages 1929 35 Millionen.

Minister Dietrich erklärte weiter, daß bei der Arbeitslosenversicherung ernsthaft mit der Möglichkeit der Überschreitung der angenommenen Durchschnittszahl von 1,6 Millionen gerechnet werden müsse. Die Reichsregierung werde deshalb bestrebt sein, mit allen möglichen Mitteln die Arbeitslosigkeit herabzudrücken.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Ablehnung der Baumwollzölle.

Schon seit langer Zeit drängt die Baumwollindustrie auf Erhöhung der Zölle für Baumwollgarne um mindestens ein Drittel. Der Reichswirtschaftsrat hat in seinem Gutachten über die Angelegenheit auf Grund der eingeholten Sachverständigenurteile diese Zollwünsche abgelehnt.

Deutschfeindlichkeit Litauens.

Litauen ergeht sich nicht nur im Memelgebiet, sondern auch in Litauen selbst in ständig wachsendem Maße in Deutschfeindlichkeiten. Auf Verfügung der örtlichen Polizei müssen in der in Nordlitauen gelegenen Stadt Telschi die deutschen Aufschriften auf allen Schildern und Plakaten unter Strafandrohung gegen die Geschäftsinhaber innerhalb von 24 Stunden entfernt oder überstrichen werden. Der von den Geschäftsleuten erhobene Einspruch wurde von der Polizei mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß die Gefahr von Ausschreitungen seitens der Mitglieder des Schützenverbandes vorliege.

Das bayerische Landtagswahlrecht.

Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages nahm zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über das bayerische Landeswahlgesetz Stellung. Die Regierung machte in der Sitzung von einem Schreiben des Reichsinnenministers Mitteilung, in dem auf die Entscheidung des bayerischen Staatsgerichtshofes und auf die notwendigen Folgerungen hingewiesen wird. Nicht allein der bayerische Staatsgerichtshof, so wurde dazu von der Regierung ausgeführt, sondern auch der Reichsstaatsgerichtshof sei in der Sache maßgebend. In der Abstimmung wurde als Ergebnis der Beratung der sozialdemokratische Gesetzentwurf zur Abänderung des bayerischen Landeswahlgesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, wonach die Schaffung eines neuen bayerischen Landeswahlgesetzes möglichst zu fördern ist.

Frankreich.

Internationaler Kongreß der Kriegsteilnehmer.

Auf dem internationalen Kongreß der ehemaligen Kriegsteilnehmer, der in der Pariser Sorbonne unter dem Vorsitz des französischen Pensionsministers eröffnet wurde, nahm u. a. auch der Präsident des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, der frühere Reichstagsabgeordnete Roßmann, das Wort. Er sprach für die Fortführung der deutsch-französischen Annäherungspolitik.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing den deutschen Gesandten in Sofia, Dr. Rümelin.

Berlin. Die auf den Stichtag des 23. Juli berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ist mit 125,5 gegenüber der Vorwoche unverändert.

Berlin. Wegen der Neuwahl zum Reichstage ist die Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Koburg auf die Tage vom 17.—21. September verlegt worden.

Genf. Die italienische Regierung hat dem Völkerbundsekretariat den Anfang dieses Jahres mit Österreich abgeschlossenen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag zur Eintragung und Veröffentlichung eingesandt. Der Inhalt des Vertrages ist schon bekanntgegeben worden.

Basel. In Sissach im Kanton Basel-Land ist der französische Botschafter Vizeadmiral Touchard auf seiner Besitzung gestorben. Die Leiche wird nach Paris übergeführt, wo die Beisetzung stattfinden wird.

La Paz. Der in Bolivien festgehaltene deutsche Exgeneral Kundt ist mit Hilfe des peruanischen Gesandten heimlich aus Bolivien abgereist.

Die unbeliebte Sozialversicherung.

Ausdehnung des Streiks in Nordfrankreich.

Die Streikbewegung in der nordfranzösischen Metall- und Textilindustrie hat sich weiter ausgedehnt. In Lille, dem Zentrum der Bewegung, streiken fast 15 000 Arbeiter. Eine Besprechung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führte zu keinem Ergebnis, da sich die Arbeitgeber weigerten, der geforderten Lohnerhöhung, die die Abgabe für die Sozialversicherungen wettmachen sollte, stattzugeben. Die Streikbewegung hat sich nunmehr auch auf Lillebonne in der Nähe von Le Havre ausgedehnt, wo fast 2000 Textilarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. In Rouen erhöhte sich die Zahl der Streikenden um 3000, von denen allein 1200 Hafenarbeiter sind. In Maubeuge nimmt die Bewegung ebenfalls von Tag zu Tag zu.

Aus der Wahlbewegung.

Beschluß der deutschnationalen Parteivertretung.

Die deutschnationale Parteivertretung beendete in Berlin ihre Beratungen mit einer Vertrauenskundgebung für die Parteileitung, die mit 283 gegen 4 mecklenburgische Stimmen angenommen wurde. Die Entschließung wendet sich gegen den Landbund wegen der Aufstellung eigener Landvolklisten und betont u. a. die monarchistischen Grundsätze der Partei.

Versammlungen, Druckschriften und Plakate während des Wahlkampfes.

Der preußische Minister des Innern hat in einem Runderlaß vom 22. Juli 1930 die Ober- und Regierungspräsidenten sowie alle Polizeibehörden im Hinblick auf die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Reichstagswahlen für die polizeiliche Behandlung des Versammlungswesens und für die Handhabung des Presserechtes, insbesondere der Wahldruckschriften und Wahlplakate, auf den Runderlaß vom 23. März 1928 hingewiesen, in dem die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen zusammengestellt sind. Die Bestimmungen dieses Runderlasses haben auch für die bevorstehenden Wahlvorbereitungen Geltung, soweit nicht durch den neuen Runderlaß Abänderungen erfolgt sind. Diese Abänderungen gehen vornehmlich auf den Ablauf des alten Republikschutzgesetzes und eine abweichende Regelung im neuen Republikschutzgesetz zurück.

Bisher siebzehn Parteien.

Die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge.

Der Reichsminister des Innern hat für die Reichswahlvorschläge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben, die Nummernfolge festgesetzt, die bisher 17 Parteien aufweist. Weitere Reichswahlvorschläge erhalten die an die Nummernfolge des Reichsministers des Innern weiter anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie sie eingehen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 28. Juli 1930.

Verregnete Ferien.

Man soll sich nicht allzu früh und allzusehr freuen. Auch auf Ferien nicht. Da sitzt man nun elf Monate des Jahres hindurch „schuftend" in irgendeinem Betriebe und denkt in den Erholungspausen stillvergnügt an den zwölften Monat, an diesen einzigen, an dem man die Möglichkeit haben wird, ein wenig „auszuspannen" und auszuruhen von den Strapazierereien des übrigen Jahres. Es braucht gar nicht einmal eine Reise zu sein, die man mit kühnem Gedankenfluge sich ausmalt — schon der Gedanke an einen Urlaub „an sich", selbst wenn er zu Hause verbracht werden muß, kann den Menschen, der ja unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr allzu anspruchsvoll sein darf, glücklich und zufrieden machen. Und endlich kommt dann der ersehnte zwölfte Monat heran, und es kommen die Ferien, wie immer sie auch heißen mögen — Schulferien oder Gerichtsferien oder Angestelltenferien oder Ferien schlechthin —, und was geschieht? Es geschieht, daß alles, worauf man sich ein ganzes Jahr lang gefreut hat, zu Wasser wird, denn es regnet und regnet und regnet, und es ist kein Ende des Wassers abzusehen. So ging es vielen, sehr vielen in diesem ohnehin schon schwierigen Jahre, und mißvergnügt kehren sie heim aus „Sommerfrischen" und Kurorten, nörgelnd und das „miserable" Wetter verwünschend und klagend und jammernd über den verpfuschten Urlaub. Und unzufrieden sind auch die, die erst gar nicht hinausgefahren sind, sondern den Verlauf der Sache zu Hause mitgemacht haben; denn Ferien mit Dauerregen sind auch zu Hause nicht besonders beliebt. Und unzufrieden und verärgert sind schließlich auch alle diejenigen, welche auf die Ferien der anderen sozusagen geschäftlich angewiesen sind. Es kommt ein einziges großes Klagen von den Kurortsleitungen, von den Hotelbesitzern und Zimmervermietern in den Orten, die von Ferienreisenden aufgesucht zu werden pflegen, von den Reisebureaus und sogar von der Reichsbahn. Auch nicht einer scheint diesmal — bis jetzt wenigstens — auf die Kosten gekommen zu sein, und viele, die ihre ganze Lebenshaltung auf Ferienverdienst eingestellt hatten, sehen sich kläglich betrogen und blicken sorgenvoll in die Zukunft. Noch bleibt uns ja ein Stück Sommer, noch kann vielleicht der August und der Frühherbst gutmachen, was der Juli versäumt und verdorben hat, aber allzuviel dürfte nicht mehr zu retten sein, und wir werden für dieses Jahr uns schon in Ergebung fassen müssen. Es war wieder einmal nichts oder wenigstens nicht allzuviel!

—* **Sonderzug nach Ehrenbreitstein und Bad Ems.** Sonntag, den 3. August, wird die Reichsbahndirektion Elberfeld einen billigen Verwaltungssonderzug mit 33⅓ % Fahrpreisermäßigung von Lüdenscheid über Brügge, Wipperfürth, Bergisch Born nach Ehrenbreitstein und Bad Ems verkehren lassen. Der Sonderzug hält zum Einsteigen in Lüdenscheid, Brügge, Oberbrügge, Vollme-Ehringhausen, Halver, Anschlag, Wipperfürth, Hückeswagen, Winterhagen, Bergisch-Born, Wermelskirchen, Tente, Hilgen, Burscheid und Pattscheid. In Ehrenbeitstein ist ein Aufenthalt v. 8,50 — 19,30 Uhr und in Bad Ems von 11,51 — 18,53 Uhr vorgesehen. Während des Aufenthalts in Ehrenbreitstein besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Fahrt auf dem Rhein mit einem Motorschiff über „Deutsches Eck", „Stolzenfels" bis Braubach und zurück nach Ehrenbreitstein. Der Fahrkartenverkauf wird am 1. August 17 Uhr geschlossen.

Nähere Auskunft über den Fahrplan und die Fahrpreise geben die Fahrkartenausgaben vorgenannter Bahnhöfe.

Halver

—& **Der Kindergottesdienst** machte am gestrigen Sonntag seinen Sommerausflug, der vom günstigsten Wetter begleitet war. Das Ziel der Wanderung war in diesem Jahre Brenscheid. Um 3 Uhr wurde unter großer Beteiligung von Kindern und Erwachsenen unter Vorantritt des kirchlichen Posaunenchors losmarschiert. Am Ziele angekommen, konnten sich die Kinder auf aufgeschlagenen Bänken niederlassen. Nach einem von Pfarrer Stommel gesprochenen Gebete, sorgten die Helfer und Helferinnen des Kindergottesdienstes, sowie die Frauen und Jungfrauen des Vereinshauses, daß die Kinder sich an Limonade usw. erquicken konnten. Bevor man zu den Spielen usw. überging hielt Pfarrer Stommel eine Ansprache. Alsdann gelangten muntere Spiele, die von fröhlichen Gesängen umrahmt wurden, zur Ausführung. Die Firma Hiller hatte kleine Flugzeuge, die mit Pfefferminz, Schokolade u. a. gefüllt waren, zur Verfügung gestellt. So flossen die Nachmittagsstunden schnell dahin. Vor Antritt des Rückmarsches hielt Walter Köster noch eine Ansprache. Jedes Kind erhielt eine Fackel, die beim Dunkelwerden angezündet wurde. Unter den Klängen der Musik rückte der imposante Zug kurz nach 9,30 Uhr in den Ort ein. Auf dem Kirchplatz wurde die Strophe: „Breit aus die Flügel beide" gesungen, worauf Pfarrer Stommel den Segen sprach. Alsdann löste sich der Zug auf und die Kinder begaben sich mit Angehörigen nach Hause, um nach dem Erlebten auszuruhen.

—l Die Arbeiten an der im Hölzchen zu errichtenen **Schwimm- und Badeanstalt-Wassersport** Mühlenstraße schreiten rüstig voran. Täglich betätigen sich eine Anzahl Männer und Jünglinge an den Erdbewegungsarbeiten. Der anzulegende Damm hat schon eine Höhe von 2 Meter erreicht und ist bis zur halben Höhe fertig. Zum leichteren Abtransportieren des abzutragenden Bodens hat man eine Feldbahn angelegt. Es ist vorgesehen ein Schwimmbasin von 30 mal 35 Meter und 4 — 5 Meter Tiefe zu errichten. Gleichzeitig soll auch ein Basin für Nichtschwimmer und ein Planschbecken für Kinder angelegt werden. Die Erdbewegungsarbeiten nehmen noch eine geraume Zeit in Anspruch. Soweit es sich übersehen läßt wird in diesem Jahr der Badebetrieb kaum aufgenommen werden können. Der Besitzer des Geländes, der Landwirt Robert Hefendehl-Hesseln, hat durch weitgehendes Entgegenkommen den Bewohnern der Mühlenstraße ein Gelände zur Verfügung gestellt, das idealer garnicht gedacht werden kann. Die zu errichtende Badegelegenheit liegt in einer sehr geschützten Lage und völlig abseits von jeglichem Verkehr und doch nicht allzu weit vom Orte Halver. Wir wollen hoffen, daß nach Fertigstellung der Badeanstalt auch anderen Einwohnern des Ortes Halver gegen Zahlung einer Benutzungsgebühr Zulaß zu der Anstalt gewährt werden wird.

—l **Der Deutsche Schäferhunde-Besitzerverein** ist am Freitagabend auf der Karlshöhe im Lokal Radix aus der Taufe gehoben worden. Eine Anzahl Herren hatten sich zwecks Besprechung über die Gründung eines Deutschen Schäferhundebesitzer-Vereins eingefunden. Nach ergiebiger Aussprache wurde die Gründung des Vereines beschlossen. Als Vereinslokal wurde die Karlshöhe bestimmt. Die Dressur der Hunde sollen allsonntäglich auf der Karlshöhe stattfinden. In nächster Zeit soll eine Werbeveranstaltung stattfinden, zu welcher die Nachbarvereine erstklassige Schäferhunde zur Verfügung stellen werden.

—l **Der Quartettverein Frohsinn** veranstaltete am Samstag abend im Saale des Hauses zur Fuhr einen Liederabend verbunden mit Generalprobe für den am kommenden Sonntag in Ründeroth stattfindenden Gesangwettstreit. Mitwirkende waren Fräulein Hamel-Ehringhausen Sopran, Beckersches Salonorchester und Quartettverein Frohsinn. Das reichhaltige Programm wurde in mustergültiger Weise abgewickelt, sowohl Sänger wie Sängerin gaben ihr Bestes. Alle Vorträge fanden ein dankbares Publikum. Zu Beginn des 2. Teiles begrüßte der Vorsitzende die Erschienenen, dankte Frl. Hamel für ihre herrlichen Liederspenden und sprach lobende Worte auf das deutsche Lied. Der Vorsitzende des M.-G.-V. Arion, Otto Schellhase sprach dem Verein seinen Dank aus für die vorzüglich zum Vortrag gebrachten Chöre und Volkslieder und wünschte dem Verein auf dem Sonntag stattfindenden Wettstreit vollen Erfolg. Auch wir wünschen dem Quartettverein Frohsinn unter der rührigen Leitung des Herrn Lockemann am Sonntag gute Erfolge.

Grünenbaum, 28. Juli. In der Nacht von Samstag auf Sonntag ist in der Wirtschaft K. hierselbst ein Einbruch verübt worden. Der Dieb hat sich durch Einschlagen einer Fensterscheibe Eingang in den Gastraum verschafft und Zigaretten, Schokolade, eingelegte Heringe usw. mitgenommen. In derselben Nacht ist auch versucht worden in die Wirtschaft Gr. in der Landwehr einzubrechen. Hier ist der Spitzbube verscheucht worden. Hoffentlich gelingt es der Polizei den Täter alsbald ausfindig zu machen.

—l **Ehringhausen,** 28. Juli. Der Vollmer Turnverein Oberbrügge hielt am Freitagabend seine Halbjahrsversammlung ab. Nach Eröffnung derselben gedachte der Vorsitzende des vor kurzem durch Unglücksfall verstorbenen Turnschüler Grüterich, dessen Andenken durch Erheben von den Sitzen geehrt wurde. Nach Erstattung des Berichtes des Gauturntages und des Bezirksturnfestes in Schalksmühle wurde die Frage aufgeworfen: „Wie kann man das Interesse am Turnbetrieb wieder heben". Diese Frage löste eine lebhafte Aussprache aus. Zu Punkt Festgelegenheit wurde beschlossen, das 60jährige Bestehen des Vereins am Samstag, den 6. September zu feiern, verbunden mit Wettkampf der Jugendturner. Unter Verschiedenes wurden noch einige Vereinsangelegenheiten besprochen.

Schalksmühle

§ Herr Erich Euler, Sohn der Eheleute Georg Euler zu Schalksmühle hat sein Doktor-Exsamen als Chemiker mit gut bestanden.

—* Der Lehrer Adolf Seidenberg zu Hundsdiek in der Gemeinde Dahl ist wegen Erreichung der Altersgrenze von der Regierung zu Arnsberg in den Ruhestand versetzt worden. Seidenberg war früher längere Jahre an der Volksschule zu Schalksmühle tätig.

Kierspe

—b Den Tag seines **80. Geburtstages** beging in diesen Tagen der Rentner August Lange in Sankel. Der Hochbetagte erfreut sich noch der besten geistigen und körperlichen Frische.

—b **Neubelebung des Bienenzucht-Vereins.** Im Anschluß an die am letzten Sonntag erfolgten Besprechungen fand gestern eine Versammlung hiesiger Imker statt, die dem ehemaligen Bienenzucht-Verein neues Leben geben wollen. Nach einer eingehenden Aussprache schritt man zur Wahl des Vorstandes, der sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender Hermann Scharfe-Höferhof, 2. Vorsitzender Albert Reich-Berkermühle, 1. Schriftführer Gottl. Wilhelm Kuhbier-Kierspe, 2. Schriftführer Otto Meisterjahn-Kierspe, Kassierer Johann Wilhelm Plate-Kierspe. Als Vereinslokal wurde Hotel Plate bestimmt. Die Imkerzeitung soll auf Kosten des Vereins zu Händen des Vorsitzenden beschafft werden. Bis zum 10. August soll festgestellt werden, welche Mengen steuerfreier Zucker für die Mitglieder angefordert werden muß. Am 17. August erfolgt eine Standbesichtigung beim Imker Kuhbier mit anschließender Besprechung im Vereinslokal. Für das Geschäftsjahr sind jedesmal zwei Hauptversammlungen vorgesehen. Im Laufe des Bienenjahres sollen regelmäßige Standbesichtigungen vorgenommen werden.

—b **Ein kleiner Luftballon** fiel am Sonntag nachm. einem unserer Korrespondenten in die Hände. Der Ballon hatte die Reise von Bruxelles hierher gemacht, und war noch vollständig unbeschädigt. Eine anhängende Karte wurde dem Absender wieder zugestellt, um ihn über den Erfolg des Fluges zu unterrichten.

Kierspe-Bhf.

—b Wie alljährlich so unternahmen auch am gestrigen Sonntagnachmittag die Kinder der Sonntagsschule der freien evangelischen Gemeinde Kierspe-Bahnhof einen Ausflug, welchem sich im Beisein der Eltern und Freunde die Kinderunterhaltung anschloß, die auf einer großen Wiese in der Nähe von Höhlen stattfand. Als man dort anlangte, vergnügten sich die Kinder mit Kreisspielen, Sacklaufen, Faustball, Handball, Tauziehen usw. Das gute Wetter wirkte sich merkbar auf die Gemüter der Kinder aus und hob die Freude der Kleinen in Gottes freier Natur. Die Kinder wurden mit Kuchen und Limonade bewirtet. Im weiteren Verlauf des Nachmittages fand eine Waldandacht statt, die überaus gut besucht war. Prediger Dellec aus Gummersbach hielt eine gutdurchdachte Ansprache und wußte so recht seinen Worten die richtige Form zu geben. Nach Beendigung der Andacht tummelten sich die Kinder noch einige Stunden in der herrlichen Natur. Bei Anbruch des Abends ging's dann mit Gesang der Heimat zurück.

—b Wie unvernünftig es ist, von fremden Reisenden und Händlern allerlei Gegenstände zu bestellen bzw. zu kaufen, zeigt folgendes Beispiel. Ein hiesiger Bürger bestellte bei einem Reisenden ein großes Bild zum Preise von Mk. 36.— bei Mk. 6.— Anzahlung und Mk. 3.— in monatlichen Raten. Nachdem der Käufer nun das Bild erhielt, übertrug der Lieferant seine Forderung zunächst an eine andere Firma, anscheinend, weil der Lieferant in Konkurs gegangen war. Der neue Gläubiger forderte zunächst Zahlung des gesamten Restbetrages. Als ihm endlich klar gemacht war, daß Ratenzahlung vereinbart worden war, ließ er von seiner Forderung ab. Inzwischen wurden die Raten bezahlt und eines Tages, nach Bezahlung der letzten Rate stellte ein „Rechtsbeistand" der auswärtigen Firma fest, daß der Kaufpreis nicht 36.— sondern 38.— Mk. beträgt. Mithin mußten noch Mk. 2.— und auch noch einige Mark Kosten bezahlt werden. Da sich der Käufer hiergegen wehrte, weil er laut Kopie das Bild zu Mk. 36.— gekauft hatte, verlangte die Firma die Einsendung der Auftragskopie. Der Käufer lehnte solches allerdings ab, sondern ließ sich durch die Polizei die Richtigkeit seiner Angaben bescheinigen. Hierauf teilte aber der Lieferant mit, daß die bei der Firma vorliegende Auftragsbescheinigung weise einen Kaufpreis von

Der letzte Akt der Tragödie von Koblenz

die Beisetzung der Opfer des Brückeneinsturzrs



Die Aufbahrung in der Halle der Koblenzer Telegraphen-Kaserne.

Der letzte Weg der Opfer von Koblenz.

200 000 Menschen geben das Geleit.

Koblenz beging einen Trauertag, wie er in der Geschichte der Stadt wohl einzig dasteht. Die Fahnen, die seit dem Unglückstag auf Halbmast wehen, waren mit schwarzem Trauerflor umhüllt. Überall sah man schwarzgekleidete Menschen, die an der Trauerfeier teilnahmen. Die Geschäfte schlossen um die Mittagszeit und kurze Zeit darauf begannen die Aufmärsche der Teilnehmer an der Trauerfeier.

Schon am frühen Nachmittag stellten sich in den Straßen, durch die der Leichenzug gehen sollte, zahlreiche Menschen auf. Man schätzt die Menschenmassen auf etwa 200 000. Eine ganze Anzahl Personen wurde von Ohnmachtsanfällen betroffen. Dann setzte sich von der Telegraphenkaserne aus

der Trauerzug

in Bewegung, eröffnet von der Feuerwehrmusikkapelle, der etwa 500 Mann des Roten-Kreuz-Sanitätsbundes folgten. Diesen schlossen sich der Königin-Luise-Bund, dessen Mitglieder in kornblumenblauer Ordenstracht erschienen waren, sowie sämtliche Vereine der Stadt Koblenz und der näheren Umgebung an.

154 Fahnen und Standarten waren im Zuge. Unmittelbar hinter den Fahnenabordnungen folgte die Geistlichkeit, dann die zehn Wagen mit den unglücklichen Opfern, gefolgt von den Angehörigen. Neben den Leichenwagen schritten Abordnungen der Feuerwehr und der Sanitätskolonne, die brennende Fackeln trugen. Die zahllosen Kranzspenden wurden von Feuerwehrleuten und Schutzpolizeibeamten getragen.

Die Beisetzung.

Kurz bevor der Leichenzug am Ehrenfriedhof angelangt war, bildeten die begleitenden Vereine Spalier. Die Särge wurden von Feuerwehrleuten in das offene Grab getragen und dort reihenweise niedergesetzt. Man hat den Platz des Grabes neben dem Ehrenfriedhof gewählt, um damit

die Verbundenheit der Opfer des Krieges

und der Opfer der Befreiungsstunde zum Ausdruck zu bringen. Nach der Weihe der Grabstätte durch einen katholischen und einen evangelischen Geistlichen hielt Domkapitular Dr. Fuchs als Vertreter des Bischofs von Trier die Leichenrede. In tiefempfundenen Worten sprach er den Angehörigen auch im Namen des Bischofs Dr. Bornewasser seine Anteilnahme aus. Für die evangelische Bevölkerung sprach sodann Generalsuperintendent D. Stoltenhoff gleichfalls zu Herzen gehende Trostworte für die Angehörigen. Darauf sang der Mittelrheinische Sängerbund „Wie sie so sanft ruhn". Reichsverkehrsminister Guérard legte anschließend am offenen Grabe als Vertreter des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsregierung sowie als Chef der Reichswasserstraßen Kränze nieder, wobei er den Angehörigen nochmals in kurzen Worten die Teilnahme aussprach. Für die preußische Staatsregierung gab darauf Wohlfahrtsminister Hirtsiefer seinem tiefen Mitgefühl Ausdruck.

Der Koblenzer Oberbürgermeister kündigte an, daß gegenüber dem Deutschen Eck ein Gedenkstein für die Opfer errichtet werden solle.



Der endlose Leichenzug auf dem Wege zum Friedhof.

Das Koblenzer Unglück erzeugt Massenpsychose.

Unsinnige Gerüchte am Mittelrhein.

Schnell fraß sich ein Gerücht, das von Koblenz ausging, den Rhein hinauf. Irgendwo am Mittelrhein sollte

ein Omnibus mit 50 Personen

in den Rhein gestürzt sein. Das Gerücht behauptete sich hartnäckig. Das Unglück wurde immer größer. Nur, wo das Unglück erfolgt sein sollte, konnte nicht angegeben werden. Die Telephone spielten den Rhein hinauf und hinunter. Der Menschen bemächtigte sich eine Aufregung, die durch immer neue Gerüchte neue Nahrung erhielt. Die Polizeistationen am Mittelrhein wurden angeläutet, es wurden Polizeistreifen an den Rhein gesandt, die mit Flammenrohren den Fluß absuchten. Presseautos fuhren sämtliche gefährlichen Stellen ab. Nirgends war eine Spur zu finden. Der Grund der Aufregung der Bevölkerung ist letzten Endes in einer Angstpsychose zu suchen. Über allen Menschen am Rhein lastet die Koblenzer Tragödie und aus dieser Stimmung heraus wurde das Gerücht geboren.

Die Zwickmühle.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Urmutter aller Industrien und Gewerbetätigkeit, die Landwirtschaft, ging bisher in ihrer Konjunkturentwicklung eigene Wege, unabhängig von dem Auf- oder Niedergang ihrer Nachkommen. Die Landwirtschaft bot daher mit ihrer Kaufkraft früher in Zeiten der industriellen Depression der Gesamtwirtschaft eine gewisse Stütze. Anders heute, wo industrielle Depression und niedrige Kaufkraft der Landwirtschaft zusammenfallen. Dadurch wird die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sehr verschärft. Wie einerseits die Industrie unter der Schwäche der Landwirtschaft leidet, so auch die Landwirtschaft unter der Minderung des Konsumenteneinkommens. Bei den Agrarerzeugnissen weist die Nachfrage nach den pflanzlichen Produkten, wie Brot und Kartoffeln, eine gewisse Stetigkeit auf, denn diese bilden gewissermaßen die Ernährungsbasis der großen Masse. Bedeutend konjunkturempfindlicher, d. h. von der Kaufkraft der Konsumenten abhängiger, sind dagegen die tierischen Veredelungsprodukte, wie Fleisch, Eier, Butter usw. Ein Sinken des Einkommens der Konsumenten macht sich auf diesem Markt sofort besonders fühlbar, weil hier Einschränkungen eher möglich sind und bei Schrumpfung des Einkommens sehr bald vorgenommen werden. Der Druck auf diese Märkte macht sich daher in Preissenkungen für den Produzenten sehr unangenehm bemerkbar, denn verschärft wird der Preisrückgang noch, wie das Konjunkturforschungsinstitut feststellt, durch die anhaltenden Produktionssteigerungen. Die Produzenten befinden sich nämlich in einer gewissen Zwangslage. Einerseits würden die rückgängigen Preise eine Einschränkung der Produktion fordern, auf der anderen Seite aber machen die niedrigen Preise für Getreide, Kartoffeln und Kraftfuttermittel wiederum eine Verwendung erhöhter Futtermengen in der Viehwirtschaft notwendig. Hier befindet sich also der Landwirt wieder in einer Zwickmühle, in die er zwangsläufig so oft hineingerät. Ähnlich ist es ja bei dem Ausfall der Ernte. Bei guter Ernte niedrige Preise, die keinen Nutzen lassen, bei schlechter Ernte zwar erhöhte Preise, aber geringe Mengen, deren Gesamterlös gleichfalls nicht die Gestehungskosten deckt. Und so kann er wohl öfter und mit besserem Recht als jeder andere Sterbliche ausrufen: „Wie mon's macht, macht man's falsch!"

Die Einsicht, daß die Landwirtschaft mit dem Kreislauf der kapitalistischen industriellen Wirtschaft nicht verbunden, daß sie ihm nicht völlig gliedhaft angeschlossen ist, vielleicht ihrer Natur nach niemals ganz sein kann, hat dazu geführt, ihr durch Subventionen wenigstens den Anschluß etwas zu erleichtern, durch Hilfsmaßnahmen, die der Kapitalversorgung und der Erntefinanzierung dienen. Eine Erziehung der Landwirtschaft bezwecken andererseits die Meliorationskredite, die Kredite für den Ankauf von künstlichem Dünger und von landwirtschaftlichen Maschinen. Der Hauptgrund für die Erteilung von Subventionen an die Landwirtschaft ist das Streben eines Landes nach Selbstversorgung, nicht zuletzt auch im Hinblick auf Kriegsfälle. Daneben spielen bevölkerungspolitische Zwecke hinein. Die Landwirtschaft soll einmal das Menschenreservoir bleiben, das der Industrie immer wieder neue Arbeitskräfte zuführt, dann aber sieht man in dem ländlichen Leben einen vorzüglichen Jungbrunnen für die körperliche und seelische Gesundheit der Gesamtbevölkerung. Ob und wie die Subventionen ihren Zweck erfüllen, das wird sich stets nur schwer feststellen lassen, denn während die Freunde einer Subventionspolitik diesen Maßnahmen einen Erfolg zuschreiben und einen Mißerfolg auf das Konto anderer wirtschaftlicher Einflüsse buchen werden, werden ihre Gegner umgekehrt einen nach der Subventionierung eintretenden Aufschwung auf andere wirtschaftsfördernde Gründe zurückführen und nun das Ausbleiben des Erfolges als Folge der öffentlichen Hilfeleistung ansprechen.

Jedenfalls wird es mit der Subvention allein nicht getan sein, sondern es wird immer darauf ankommen, welcher Gebrauch von den Hilfsgeldern gemacht wird. „In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne!" Man kann den Landmann wohl in den Sattel setzen, reiten muß er allein! Schwer genug wird es ihm trotzdem gemacht, denn er leidet ebenso wie andere Berufe, wie oben bereits gesagt wurde, unter der allgemeinen Depression nicht nur des Inlandes, sondern der ganzen Welt. In einer seiner letzten Reichstagsreden hat auch der Reichskanzler auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich daraus ergeben, daß wir mit dem eigenen Konjunkturabstieg in eine allgemeine, von einer Preisrevolution begleitende Weltdepression hineingeraten sind. Der Vorteil, den Deutschland dabei gegenüber manchen Ländern habe, bestehe darin, daß es, auf einer starken agrarischen Grundlage ruhend, in seiner Industrie im wesentlichen Veredelungsarbeit leiste. Für ein solches Land aber müßten sinkende Rohstoffpreise und sinkende Geldsätze der ganzen Welt den Anfang zum Wiederaufstieg bilden. Hoffentlich ergibt sich aus dieser Weltkonjunktur für die deutsche Landwirtschaft nicht auch wieder eine Zwickmühle! Dr. S.

Was wird aus dem Vollstreckungsschutz?

Artikel 48 als Helfer in der Not.

Auf dem Trümmerhaufen, den der aufgelöste Reichstag an unerledigten Vorlagen hinterlassen hat, liegt auch das Osthilfegesetz. Damit ist die schnelle Einführung einer Maßnahme in Frage gestellt, die als eine wesentliche Grundlage der Kredithilfe im Osthilfegesetz eingefügt war. Denn „die vorgesehene Umschuldung und Betriebssicherung kann nicht zur Auswirkung gelangen, wenn während des zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen nötigen Zeitraums infolge des Zugriffs eines einzelnen Gläubigers eine Zwangsversteigerung des Grundstücks oder umfassende Zwangsmaßnahmen in das bewegliche Vermögen durchgeführt würden, die dann eine nachhaltige Schädigung der Produktivkraft nach sich ziehen". So lautet die Begründung zu den Paragraphen über den Vollstreckungsschutz.

Diese sowohl im Interesse des Betriebsinhabers als auch seiner Gläubiger liegende Maßnahme ist also von so außerordentlicher Wichtigkeit für den gesamten Osten, daß sie unbedingt unter diejenigen Hilfsmittel gegenüber Notständen fällt, die einer Regelung durch eine Notverordnung auf Grund des § 48 zu unterliegen haben. Es wird also erwartet werden müssen, daß die Regierung gemäß dem Osthilfegesetz einen besonderen Vollstreckungsschutz für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930 für die notleidenden Gebiete des Ostens einführt, und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für Handel, Handwerk und Gewerbe, wie es vom Reichstage verlangt worden ist. Jedenfalls muß es vermieden werden, daß größere Verluste jetzt noch eintreten, da das rettende Osthilfegesetz in naher Aussicht stand und nur durch die Auflösung des Reichstages der schwer leidende Osten wieder aufs neue warten muß.

Inwieweit es möglich ist, aus früher bewilligten Mitteln Hilfe zu gewähren, sollte ebenfalls eingehender geprüft werden. Wenn also auch der eigentliche Grundgedanke des Osthilfegesetzes nun aufs neue seiner gesetzgeberischen Regelung harren muß, so muß in der Anwendung des Artikels 48 so weit als irgend möglich zur Linderung von sichtbaren Notständen gegangen werden. Diese leider beschränkte Hilfe aber sollte dem so bedrohten Osten auf alle Fälle zuteil werden.

DER GUCKKASTEN.

Telegraphiere mit Schreibmaschine!

Bisher dienten nur Fernsprecher und Telegraph dem Verkehr von Ort zu Ort. Es fehlte eine Einrichtung, die der Mitteilung auch gleich den verbindlichen Charakter gab. Die Fernschreibmaschine kann nicht nur diese Aufgabe übernehmen, sie ermöglicht es auch noch, sofort in der gleichen Weise zu antworten. Die Telegraphie, die bisher meist nur zur Übermittlung kurzer und dringender Nachrichten angewandt wurde, wird durch die Fernschreibmaschine der Allgemeinheit ebenso vertraut gemacht, wie es die Telephonie bereits ist. Der Fernschreibverkehr hat gegenüber dem Fernsprechverkehr zweifellos den Vorteil der schriftlichen, also erheblich sichereren und stets kontrollierbaren Nachrichtenübermittlung. Die zu übermittelnde Nachricht wird wie auf jeder gewöhnlichen Schreibmaschine im eigenen Bureau niedergeschrieben und ist im gleichen Augenblick beim Empfänger lesbar. Jeder Zeitverlust wie z. B. bei Telegrammen durch vorherige Niederschrift und durch Botengänge wird vermieden. Das Einschalten des Empfängers geschieht vom

Für den Wesertalbahn-Bau.

Im preußischen Landtag hat, wie aus Berlin berichtet wird, die Wirtschaftspartei folgende kleine Anfrage eingebracht: „Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Bau der Wesertalbahn mit in das bekannte Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches eingeschlossen werden soll. Es soll den Bemühungen einflußreicher Kreise in Holzminden und Hameln gelungen sein, in dem zuständigen Reichstagsausschuß aussichtsvolle Verhandlungen darüber einzuleiten. Angesichts der fehlenden durchgehenden Nord-Südverbindung im Gebiete der oberen und mittleren Weser zwischen Hann.-Münden und Minden frage ich das Staatsministerium: „Ist es bereit, zur Hebung der schwer um ihre Existenz kämpfenden Wirtschaft, insbesondere auch der Fremdenindustrie des Wesergebiets den Bau der Wesertalbahn zu fördern und 2. auch seinerseits auf das Reich einzuwirken, den Bau der Wesertalbahn mit in das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzunehmen?“

Hindenburgs Dankschreiben an den hessischen Staatspräsidenten Dr. Adelung.

Der Reichspräsident hat an den hessischen Staatspräsidenten Adelung ein Dankschreiben gerichtet, in dem es heißt: Heute, nach den erhebenden Feiern, die einen so entsetzlichen Abschluß gefunden hätten, danke er nochmals für den freundlichen Empfang. Das treue Bekenntnis zum Volke aus allen Schichten der Bevölkerung und die persönlichen Willkommensgrüße haben den Reichspräsidenten hoch erfreut. Besondere Worte der Anerkennung und des Dankes spricht er den Polizeibeamten aus, die ihre schwere Aufgabe hervorragend erfüllt hätten.

Aus dem Gerichtssaal

§ Ein weiterer Prozeß wegen des Eisenbahnunglücks in Buir. Auf Grund der in dem Prozeß wegen des Eisenbahnunglücks von Buir zur Sprache gekommenen Vorgänge bei dem Betriebsamt Hamm hat die Staatsanwaltschaft nunmehr gegen den Betriebsassistenten Mennenkamp aus Hamm Anklage erhoben. Ihm wird zur Last gelegt, aus Fahrlässigkeit die Anordnung über das Inkrafttreten des Vorsichtsbefehls nicht ausgehängt und dadurch die folgenschwere Entgleisung des D. 23 mitverschuldet zu haben. Die Verhandlung gegen Mennenkamp findet am 4. August vor dem Erweiterten Schöffengericht in Köln statt.



Beim Europa-Rundflug tödlich verunglückt ist der deutsche Flieger Offermann, einer der ältesten und bewährtesten Sportflieger Deutschlands. Bei der Landung in Lyon geriet seine Maschine in eine Antenne und stürzte ab. Offermann u. sein Begleiter wurden getötet.



Die Kampfstätte der Weltmeisterschaften der Studenten, die — zum ersten Male in Deutschland — vom 1. — 10. August unter Beteiligung von mehr als 1000 Hochschulsportlern aus 29 Ländern zum Austrag kommen, ist der wundervoll gelegene und vorbildlich angelegte Sportplatz der Technischen Hochschule in Darmstadt.

Turnen, Spiel und Sport.

Kierspe-Bhf., den 28. Juli 1930.

—b **Die 2. diesjährige Bezirks-Vorturnerstunde des 1. Bezirks im Lenne-Volme-Turngau** fand beim Lüdenscheider Turnverein 1861 statt. Derselben ging eine Turnstunde voraus, in welcher zunächst Bezirks-Oberturnwart Stapel Ordnungsübungen zeigte, die eifrig nachgeturnt wurden. Außerdem wurden unter Leitung des Bezirks-Oberturnwarts Klesinghaus die für das Kreisturnfest in Hamm vorgesehenen Pferdeübungen für das Schanturnen durchgeübt. In der anschließenden Besprechung, welche vom 1. Bezirksvertreter Rafflenbeul eröffnet wurde, besprach man die durchgeturnten Uebungen. Ferner entwickelte sich eine lebhafte Aussprache über die Kreis-Freiübungen. Das Protokoll der letzten Vorturnerstunde wurde vom Schriftführer verlesen und stimmte die Versammlung der Fassung derselben zu. Gau-Oberturnrat Klesinghaus legte allen Teilnehmern ans Herz für ein genügendes Durchturnen aller vorgesehenen Uebungen einzustehen, damit der Lenne-Volme-Gau sich auf dem Kreisturnfest mit seinen Leistungen sehen lassen könnte. Bezirksvertreter Rafflenbeul bat alle Turner sich an dem Kreisturnfest recht rege zu beteiligen, damit sich dasselbe zu einer machtvollen Kundgebung für die deutsche Turnsache gestalte. Ein ausführlicher Bericht über das bei der Lüdenscheider Turngemeinde stattgefundene diesjährige Bezirksturnfest wurde vom Oberturnwart Stapel erstattet. Derselbe sprach sich über die Durchführung anerkennend aus und dankte dem festgebenden Verein für seine Mühewaltung. Am 21. September findet die nächste Bezirks-Vorturnerstunde statt und soll in Verbindung mit den Herbstgeländeläufen beim V. f. L. Vollme abgehalten werden. Mit einem Gut Heil auf die Turnsache fand die Tagung ihren Abschluß.

Sp. **Ein Neun-Stunden-Segelflug wird aus der Rhön gemeldet, wo Oberleutnant Hemmer auf „Mainberg“ sich von 12.45 bis 20.20 Uhr in der Luft hielt. Die Zeit bedeutet einen neuen Rhönrekord.**

Sp. **Ludwig Haymann** ist nach fast einjähriger Abwesenheit wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Der deutsche Schwergewichtsmeister verteidigt am 8. August in Hamburg seinen Titel gegen Schönrath.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 26. Juli.

* **Börsenruhetag.** Am Sonnabend ruhte der Effektenhandel an den deutschen Börsen vollkommen. Auch ein Verkehr von Bureau zu Bureau fand nicht statt. Am Geldmarkt nannte man unveränderte Sätze: Tagesgeld 2 bis 4, Monatsgeld 4,50 bis 5,50. Warenwechsel etwa 3,75 Prozent.

* **Produktenbörse.** Das trockene, zeitweise sonnige Wetter beeinflußte bei gleichzeitig starken Winden die Unternehmungslust in zurückhaltendem Sinne, so daß am Wochenschluß bei kleinsten Umsätzen die Notierungen sich nicht voll behaupten konnten. Das Inlandsangebot ist klein, jedoch ausreichend. Das Mehlgeschäft zeigt nur kleinste Bedarfsumsätze. Obgleich im prompten Roggenmarkt keine Stützungskäufe beobachtet wurden, konnte dennoch die niedrigste Preisgrenze des Roggens eine Mark gewinnen. Die Höchstnotiz verlor gleichzeitig zwei Mark, so daß die Notiz nur drei Mark Spanne aufweist. Gerste ruhig, Hafer genügend angeboten, nur schwere Qualitäten finden Beachtung.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,18—4,19; engl. Pfund 20,35 bis 20,39; holl. Gulden 168,34—168,68; Danz 81,38—81,54; franz. Frank 16,45—16,49; schweiz. 81,31—81,47; Belg. 58,49—58,61; Italien 21,91—21,95; schwed. Krone 112,47—112,69; dän. 112,12 bis 112,34; norweg. 112,07—112,29; tschech. 12,40—12,42; österr. Schilling 59,15—59,27; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,87—47,07; Argentinien 1,511—1,515; Spanien 47,95—48,05.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark

	26. 7.	25. 7.		26. 7.	25. 7.
Weiz., märk.	—	—	Weizkl. f. Bln.	10.2-10.6	10,2-10,6
pommersch.	—	—	Rogkl. f. Bln.	10.2-10.7	10,2-10,7
Rogg., märk.	162-165	161-167	Raps	—	—
Braugerste	—	—	Leinsaat	—	—
Futtergerste	174-197	174-197	Vikt.-Erbsen	27,0-32,0	27,0-32,0
Sommergerste	—	—	kl. Speiseerbs.	24,0-27,5	24,0-27,5
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	19.0-20.0	19,0-20,0
Hafer, märk.	175-182	175-182	Peluschken	22,0-25,0	22,0-25,0
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	17,0-18,5	17,0-18,5
westpreuß.	—	—	Wicken	21,0-23,5	21,0-23,5
Weizenmehl p. 100 kg fr. Brf. br. inkl. Sack (feinst. Mrk.)	31,7-39.5	31 7-39.5	Lupin., blaue	2 .0 22.0	20,0-22,0
			Lupine, gelbe	26.0-28.0	26,0-28.0
			Seradella	—	—
			Rapskuchen	10,6-11,6	10,6-11,6
			Leinkuchen	16,2-16,6	16,2-16,6
Roggenmehl p. 100 kg fr. Berlin br. inkl. Sack	22,7-25.7	22,7-25.7	Trockenschtzl.	8,6-9,4	8,6-9,4
			Soya-Schrot	14,1-15 1	14,1-15,1
			Torfml. 30/70	—	—
			Kartoffelflck.	—	—

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Die sparsame und rechnende Hausfrau kauft nur die Feinkost-Margarine

Milchsim

mit Wert-Reklame stets frisch zu haben bei

Otto Meisterahn, Kierspe.

„Düngemittel“

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Leunasalpeter,
Natronsalpeter,
Kalksalpeter,
Kaliammonsalpeter,
Kalkammon,
Kalkstickstoff,
Amm.-Superphosphat, 5×10,
Amm.-Superphosphat, 9×9
Nitrophoska,

C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl,

Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Sommersprossen

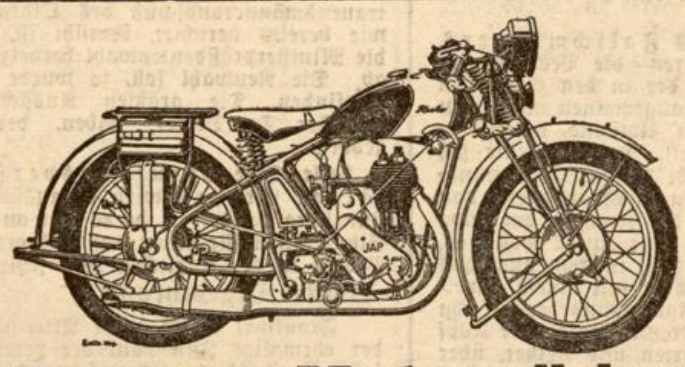
auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Teintverschönerungsmittel „Benus“ Stärke B beseitigt, Keine Schälkur. Pr. Mk. 2.75.
Gegen Pickel, Mitesser Stärke A
Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke.

In 3 Tagen

Nichtraucher

Auskunft kostenlos:

Sanitas-Depot, Halle a. S. 274K.



Hecker-Motorräder

alle mit Original Jap-Motor

200—600 ccm mit voller elektr. Ausrüstung und Tachometer in den Preislagen von **RM. 865.- bis RM. 1250.-**

Ardie-Motorräder

mit Original Jap-Motor

200 ccm Silberfuchs. Doppelrahmen aus Duraluminium, 3 Ganggetriebe, 30 Watt Lichtanlage, Boschhorn u. Boschbatteriezündung. Alle blanken Teile verchromt und vernickelt. Farbe silbergrau mit blau abgesetztem Satteltank.

Preis komplett **RM. 875.- ab Werk.**

Die billigste und beste Steuer- und Führerscheinfreie Maschine.

Alleinverkauf für den hiesigen Bezirk:

C. W. Ecker, Halver (Carlshöhe.)

Radikale Vernichtung

des Holzwurms durch

„Aeterna“

einfach und sicher.

Drogerie C. Baukloh,
Kierspe-Bahnhof,
Tel. 572 Meinerzhagen.

Drainage-Röhren

in allen gangbaren Weiten auf Lager vorrätig.

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Sämtl. Drucksachen

von

Adreßkarten
Briefbogen
Couverts
Danksagungen
Einladungen
Flugblätter
Geschäftskarten
Hochzeitszeitungen
Kataloge
Lohntüten
Milchscheine
Plakate
Quittungen
Rechnungen
Satzungen
Traueranzeigen
Umschläge
Visitenkarten
Weinkarten
bis Zirkulare
bis Zahlkarten

Clichès stelle ich aus meinem sehr großen Vorrat kostenlos zur Verfügung

Liefere in sauberer Ausführg. Schwarz-Bunt- und Kopierdruck.

werden in sauberer und geschmackvoller Ausführung schnell und billig angefertigt in der

Buch- und Kunstdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver i.W.

Fernruf 42. Fernruf 42

A. Kaiser

Photograph

Halver i.W.

Berlinerstraße 5.



Weck's

Einkoch-Apparate und -Gläser

empfiehlt:

Wilh. Bell jr. Halver,
J. Ch. Herdepe Söhne Halver.
Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.